

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

9. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 12.04.2022

Lfd. Nr.	Beschlussdatum	Nr. der Vorlage	Beschlusslage (ggf. Frist)	Zuständigkeit (Dez./Amt)	Bearbeitungsstand	Bemerkungen
3	13.04.2021	V+G/VGB 32/2020 und V+G/VGB 67/2020 - 1	<p>Aufzeichnung (Bild und Ton) der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und anschließende Bereitstellung zum Abruf im Internet (Video on Demand)</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss nimmt die Stellungnahme der Magistratskanzlei zur Kenntnis.</p> <p>Der Ausschuss bittet die Magistratskanzlei, das Büro der Stadtverordnetenversammlung unter Einbindung des BIT bei der unverzüglichen Umsetzung der Live-Übertragung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung zu unterstützen. Vorrangig soll eine Übertragung durch Radio Weser TV erfolgen. Der Ausschuss bittet das Dezernat II (Stadtkämmerei) die Finanzierung der Übertragung in den Haushalten beginnend ab 2022 dauerhaft abzusichern. Über die Live-Übertragung von Ausschüssen wird nach Auswertung der Erfahrungen und Kosten der Live-</p>	Büro StVV, Magistratskanzlei, Stadtverordneten- vorsteher	läuft	<p>Vorgespräche wurden mit Radio Weser TV und der Bremischen Bürgerschaft geführt. Die rechtlichen Fragestellungen wurden geprüft.</p> <p>Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sollen dauerhaft im Fischbahnhof stattfinden.</p> <p>Eine Änderung der Verfassung für die Stadt Bremerhaven sowie eine Änderung der Geschäftsordnung für die Stadt Bremerhaven ist noch einzuleiten.</p> <p>07.02.2022 Videokonferenz zwischen Stadtverordnetenvorsteher von Haaren und zwei Beschäftigten von der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit. Aufgekommene Fragen im Rahmen der Beantwortung der Anfrage wurden erörtert.</p>

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

9. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 12.04.2022

			Übertragungen der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.			
5	29.06.2021	V+G/VGB 40/2020-1 V+G/VGB 64/2020 V+G/VGB 29/2021	<p>Überarbeitung Rechnungsprüfungsordnung</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Verfassungs- und Geschäftsausschuss hebt den zweiten Absatz seines Beschlusses vom 03.11.2020 zur Vorlage V+G/VGB 40/2020-1 mit dem Wortlaut</p> <p>„Das Dez. II, Rechts- und Versicherungsamt, wird gebeten, den Entwurf auf seine Rechtmäßigkeit zu überprüfen und der Stadtverordnetenversammlung die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung zu ihrer ersten Sitzung in 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.“</p> <p>auf.</p> <p>Der Ausschuss beschließt stattdessen:</p> <p>Der Verfassungs- und Geschäftsausschuss nimmt die Stellungnahme des Rechts- und</p>	Büro StVV, Dez. II	läuft	<p>Arbeitsgruppe hat am 19.07.2021, 03.09.2021, 04.11.2021, 10.01.2022, 31.01.2022 und am 14.02.2022 getagt.</p> <p>Es wurde eine Endfassung der RPO geeint. Vom Rechtsamt ist eine Begründung zu fertigen sowie eine Abstimmung mit Rechtsaufsicht des Landes vorzunehmen.</p> <p>Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe ist am 13.06.2022.</p>

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

9. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 12.04.2022

			<p>Versicherungsamtes vom 30.03.2021 zur Kenntnis.</p> <p>Unter Beteiligung des Rechts- und Versicherungsamtes und des Rechnungsprüfungsamtes überarbeitet eine Arbeitsgruppe, bestehend aus je einem Ausschussmitglied je Fraktion, den Entwurf der Rechnungsprüfungsordnung unter Berücksichtigung der in der Stellungnahme enthaltenen Empfehlungen und der zu erwartenden Änderungen des Landesrechts.</p> <p>Abschließend wird das Dezernat II, Rechts- und Versicherungsamt, erneut gebeten, der Stadtverordnetenversammlung die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung zur Beschlussfassung vorzulegen.</p> <p>In diesem Zusammenhang ist außerdem zu prüfen, welche Änderungen der Stadtverfassung und der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung durch die Änderung der Landeshaushaltsordnung und des Bremischen Beamtenrechts erforderlich werden.</p>			
--	--	--	--	--	--	--

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

9. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 12.04.2022

			Es ist anzustreben, dass die Neufassung der Rechnungsprüfungsordnung zum 01.01.2022 in Kraft tritt.			
15	07.09.2021	V+G/VGB 36/2021	<p>Von der Stadtverordnetenversammlung am 15.07.2021 überwiesener Antrag:</p> <p>AT 19/2021 "Mehr Macht den Bürger*innen: Verbesserung der Bürgerbeteiligung durch Absenkung Beteiligungs- und Entscheidungsquoten"</p> <p>(GRÜNE PP)</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss bittet um Wiedervorlage im Rahmen weiterer anstehender Verfassungsänderungen, spätestens jedoch Anfang 2022.</p>	Büro StVV	offen	Der Antrag bleibt ausgesetzt, da die anstehenden Verfassungsänderungen noch nicht umgesetzt worden sind.
17	08.11.2021	V+G/VGB 65/2020	<p>Grundsätze für die Durchführung von Einwohnerfragestunden gemäß § 43 GOSTVV</p> <p>hier: Ergänzung zu Nr. 5</p> <p><u>Beschluss:</u> Mit Wirkung vom 01.01.2022 wird Nr. 5, Satz 2 der Grundsätze für die</p>	Büro StVV	läuft	<p>Die Grundsätze für die Durchführung von Einwohnerfragestunden gemäß § 43 GOSTVV wurden geändert.</p> <p>Das Online-Formular wurde programmiert. Eine Hinterlegung auf bremerhaven.de wurde angemeldet.</p>

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

9. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 12.04.2022

			<p>Durchführung von Einwohnerfragestunden gemäß § 43 GOSTVV wie folgt geändert:</p> <p>„Fragen können auch per E-Mail oder über das Online-Formular gestellt werden, wenn sie die vorstehenden Angaben enthalten.“</p>			
18	15.03.2022	V+G/VGB 17/2022	<p>Handlungsempfehlungen für Fraktionen für die Zuordnung und Zulässigkeit von Ausgabearten</p> <p><u>Beschluss:</u> Der Ausschuss für Verfassung und Geschäftsordnung nimmt die Handlungsempfehlungen für Zuordnung und Zulässigkeit von Ausgabearten nach dem Entschädigungsortsgesetz der Stadt Bremerhaven (EOG, Stand 01.10.2019) sowie den Ausführungsbestimmungen zur Haushalts- und Wirtschaftsführung der Fraktionen nach § 15 Abs. 1 des Entschädigungsortsgesetzes (Stand 03.11.2020) zur Kenntnis.</p> <p>Das Rechnungsprüfungsamt wird gebeten, je Fraktion eine:n Ansprechpartner:in einzuladen, um eine modifizierte</p>	Rechnungsprüfungsamt	läuft	31.03.2022 Fraktionen wurden vom Rechnungsprüfungsamt angeschrieben und gebeten, eine:n Vertreter:in je Fraktion zu benennen, die an einer Überarbeitung der Handlungsempfehlungen zu den Ausführungen des Ortsentschädigungsgesetzes mitwirken.

Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung

9. Sachstandsbericht öffentlich, Stand: 12.04.2022

			Handlungsempfehlung zu erstellen. Die Handlungsempfehlung ist dem Ausschuss für Verfassung und Geschäftsordnung zur weiteren Beratung vorzulegen.			
19	15.03.2022	V+G/VGB 18/2022	<p>Evaluierung § 46a GOStVV Zulässigkeit von Videokonferenzen</p> <p><u>Beschluss:</u> 1. Der Ausschuss für Verfassung und Geschäftsordnung nimmt den Bericht zur Evaluierung des § 46a GOStVV zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, die Regelungen unverändert beizubehalten. Über eine erneute Evaluierung wird zu gegebener Zeit entschieden.</p> <p>2. Magistratskanzlei und BIT werden um Prüfung gebeten, ob ein Live-Stream von Ausschuss-Sitzungen die per GoToMeeting-Videokonferenz stattfinden, über eine Alternativlösung (z. B. Screenrecording) sichergestellt werden kann.</p>	Magistratskanzlei und BIT	Läuft (siehe Sitzung am 10.05.2022).	<p>Stellungnahme Magistratskanzlei und BIT vom 13.04.2022:</p> <p>Eine Live-Übertragung im Internet („Streaming“) von GoToMeeting-Videokonferenzen sei technisch nach wie vor nicht möglich. Praktikable und anwendungssichere Alternativen können nicht empfohlen werden.</p>